

1 Liberalisierung der
2 Cannabispolitik als Chance



3

4 **Cannabis als Medizin**

5

6 Ziel der deutschen Gesundheitspolitik muss es sein, Patienten die bestmögliche
7 Behandlung und medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Unserer Meinung
8 nach ist dies durch den aktuellen Umgang mit Cannabis in der Medizin nicht
9 gewährleistet. Die Junge Union Stormarn fordert, aufbauend auf den folgenden
10 Bedingungen, eine Liberalisierung des Umgangs mit Cannabis zu medizinischen
11 Zwecken.

12 Aktuell ist es für die Verschreibung von Cannabisprodukten notwendig, dass der
13 Patient bereits vollständig austherapiert ist, d.h. alle anderen Therapiemöglichkeiten
14 wurden zuvor erfolglos angewendet. Für den Patienten bedeutet das meist die
15 Einnahme von Medikamenten, die wesentlich stärkere Nebenwirkungen als Cannabis
16 haben, so z.B. viele Opioide. Um den Patienten die bestmögliche Behandlung zu
17 ermöglichen und das Gesundheitssystem vor (möglicherweise) unnötig hohen
18 Kosten zu schützen, sollte Cannabis nicht nur als „ultima ratio“ verschrieben werden
19 können.

20 Ein Wegfallen des bislang notwendigen ärztlichen Gutachtens sowie eine
21 Kostenübernahme der Krankenkassen unterstützen wir. Dies ist auch Inhalt eines
22 Gesetzesentwurfs des Gesundheitsministeriums, der noch 2017 in Kraft treten soll.
23 Wir sehen die Krankenkassen in der Verantwortung, ihren Patienten die beste
24 verfügbare medizinische Versorgung zu garantieren. Da wir davon ausgehen, dass
25 Ärzte grundsätzlich nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, welche
26 Behandlungsmethode sie einsetzen, sehen wir ein zusätzliches ärztliches Gutachten
27 nicht als notwendig an.

28 Bisher sind Therapien mittels Cannabinoiden kein Bestandteil medizinischer und
29 pharmazeutischer Ausbildungen. Für eine gezielte Behandlung ist es aber
30 notwendig, Mediziner und Pharmazeuten angemessen über den Umgang mit
31 Cannabinoiden zu schulen. Hierzu müssen Schulungsangebote während und nach
32 dem Studium bzw. der Ausbildung zur Verfügung gestellt werden.

33 Die Junge Union Stormarn fordert:

- 34 • die Abschaffung der „Austherapiertheit“ als Voraussetzung für die
- 35 Verschreibung von Cannabinoiden
- 36 • eine Kostenübernahme durch die Krankenkassen
- 37 • keine Notwendigkeit eines zusätzlichen ärztlichen Gutachtens
- 38 • Aufnahme von Cannabistherapien in die Ausbildungsinhalte von Mediziner
39 und Pharmazeuten

41 **Cannabis als Genussmittel**

42 Das gesellschaftliche Ziel einer Legalisierung von Cannabis muss sein, den Konsum
43 zu minimieren und dabei Konsumenten vor unkontrollierten Produkten, deren
44 Auswirkungen und den dahinterstehenden illegalen Strukturen zu schützen.

45 Zu einer Legalisierung von Cannabis gehört für uns, einen gesetzlichen Rahmen für
46 Anbau, Handel, Erwerb und Konsum von Cannabis zu schaffen. Selbstverständlich
47 greift die Verantwortung des Staates gegenüber Kindern und Jugendlichen, weshalb
48 der Verkauf an Minderjährige weiterhin illegal und strafbar bleiben muss. Darüber
49 hinaus dürfen Minderjährige kein Cannabis besitzen oder konsumieren. Unserer
50 Meinung nach haben aber Volljährige, d.h. Personen über 18 Jahren, als freie
51 Individuen das Recht, Cannabis zu erwerben und konsumieren, wenn sie sich im
52 Rahmen ihrer persönlichen Entscheidungsfindung dazu entschließen.

53 Um einen sicheren und kontrollierten Verkauf zu ermöglichen, darf der Erwerb von
54 Cannabis nur in Apotheken möglich sein. Diese dürfen ihre Cannabisprodukte nicht
55 öffentlich sichtlich in ihren Filialen anbieten. Der Erwerb soll nur unter Nachweis
56 eines deutschen Wohnsitzes möglich sein. Die maximale Abgabemenge liegt bei fünf
57 Gramm pro Kauf, die gleichzeitig die maximale Besitzmenge darstellt. Für eine
58 effektive Bekämpfung des Schwarzmarkts muss der Preis im freien Handel möglichst
59 nahe an den gängigen Schwarzmarktpreisen liegen, damit die kontrollierten Produkte
60 eine attraktive Alternative für den Verbraucher darstellen. Eine Subventionierung
61 seitens des Staates darf jedoch nicht stattfinden.

62 Die Herstellung soll durch lizenzierte private Unternehmen und unter strengen
63 Auflagen und Kontrollen erfolgen. Nur so kann im Gegensatz zu auf dem
64 Schwarzmarkt produzierten Cannabisprodukten eine hohe Qualität und sicherer
65 Konsum ermöglicht werden. Handel zwischen Privatpersonen muss strafbar bleiben,
66 da sich der Markt sonst der notwendigen staatlichen Kontrolle entzieht.

67 Um Nicht-Konsumenten vor dem passiven Konsum zu schützen, gilt es, ein Verbot
68 des Cannabis-Konsums in öffentlichen Räumen durchzusetzen.

69 Nach einer Legalisierung folgt, dass zur Gewährleistung der Sicherheit im
70 Straßenverkehr sinnvolle, wissenschaftlich fundierte Grenzwerte festgesetzt werden
71 müssen. Bei Überschreitung dieses Grenzwerts ist eine Medizinisch-Psychologische
72 Untersuchung unabdinglich. In der Probezeit und für Fahrer unter 21 Jahren gilt eine
73 „Null-Toleranz-Politik“, d.h. 0,0 Nanogramm pro Milliliter.

74 Angelehnt an den Umgang mit Tabakprodukten muss der Staat weitreichende
75 Präventionsmaßnahmen fördern, damit der Konsum von Cannabis durch die
76 Legalisierung nicht ansteigt. Dazu bieten sich ein generelles Werbeverbot für
77 Cannabisprodukte, Warnungen und abschreckende Bilder auf Produktverpackungen
78 sowie mediale Kampagnen seitens der Gesundheitsbehörden an. In den Schulen
79 sollen Präventionsprogramme neu geschaffen bzw. bestehende ausgebaut werden.

80 Lehrkräfte müssen in ihrer Ausbildung gezielter für Cannabis und insbesondere
81 dessen Missbrauch sensibilisiert werden.

82 Als Folge dieser Beschlüsse erwarten wir einen Rückgang der
83 Schwarzmarktaktivitäten und damit des organisierten Verbrechens. Die Einnahmen
84 durch den Handel und Verkauf von Cannabis würden durch eine Legalisierung nicht
85 mehr bei den Schmugglern landen, sondern Unternehmen und in Form von
86 Steuereinnahmen auch dem Staat zu Gute kommen. So schätzt der wirtschafts- und
87 energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Joachim Pfeiffer die
88 dem Staat entgehenden Steuereinnahmen auf rund zwei Milliarden Euro. Hinzu
89 kommen noch die direkten Kosten der bisherigen Cannabispolitik wie die Kosten für
90 Strafverfolgung, Polizeikräfte etc.

91 Falls ein Gesetz zur Legalisierung von Cannabis verabschiedet wird, sollte dieses
92 vorerst auf vier Jahre befristet sein und nur dann darüber hinaus seine Gültigkeit
93 behalten, wenn der Bundestag dieses nach dem genannten Zeitraum verlängert.
94 Eine unabhängige Kommission muss dabei zu der Erkenntnis kommen, dass ein
95 positiver Trend in Bezug auf die Reduktion des Cannabis-Konsums, der
96 Schwarzmarktaktivitäten und den Jugendschutz erkennbar ist.

97 Allgemein lehnt die Junge Union Stormarn den Eigenanbau von Cannabis ab, da
98 sich dieser der Kontrolle des Staates entziehen würde. Privater Handel abseits der
99 legalen Strukturen kann bei Eigenanbau nicht ausgeschlossen werden. Der
100 unabdingliche Jugendschutz wäre dadurch ebenfalls gefährdet.

101 Für uns steht die Reduktion des Konsums an erster Stelle.

102 Die Junge Union Stormarn fordert daher:

- 103 • Eine Legalisierung von Cannabis mit dem Ziel der Minimierung des Konsums
- 104 • Einem absoluten Verbot von Cannabisprodukten für Minderjährige, das neben
105 dem Verkauf an Minderjährige auch den Besitz und den Konsum unter Strafe
106 stellt
- 107 • Den angemessen kontrollierten Verkauf von Cannabisprodukten nur in
108 Apotheken
- 109 • Eine maximale Abgabe- und Besitzmenge von Cannabis von 5 Gramm
- 110 • Eine Herstellung von Cannabis nur durch lizenzierte private Unternehmen
111 unter staatlicher Aufsicht
- 112 • Verbot des Cannabis-Konsums in öffentlichen Räumen
- 113 • Die Festlegung sinnvoller THC-Grenzwerte im Straßenverkehr
- 114 • Weitreichende staatliche Präventionsmaßnahmen
- 115 • Eine verpflichtende Re-Evaluation des Gesetzes zur Legalisierung alle vier
116 Jahre durch eine unabhängige Kommission und den Bundestag